

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends. Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 10 und bei den Depots 2 Mk., bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs 2 Mk. 50 Pf.

Thorner

Ostdeutsche Zeitung.

Insertionsgebühr die 5gehaltene Zeile oder deren Raum 10 Pf. Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 10, Heinrich Reiz, Koppernitusstraße.

Insertions-Annahme auswärts: Straßburg: A. Fubrich. Ino- w- eslaw; J. Justus Wallis, Buchhandlung. Neumarkt: J. Köpfe. Graubenz: Gustav Röthe. Bautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkammerer Aukten.

Expedition: Brückenstraße 10. Redaktion: Brückenstraße 39. Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein u. Vogler, Rudolf Mosse; Bernhard Arndt, Mohrenstr. 47. G. L. Daube u. Co. u. sammtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Coblenz, Frankfurt a. M., Hamburg, Kassel u. Nürnberg 2c.

Deutsches Reich.

Berlin, 7. November.

Der Kaiser, begleitet von der Kaiserin, begab sich gestern Vormittag 8 3/4 Uhr vom Neuen Palais zu Wagen nach dem sogenannten Entenfang, wohin auch die drei ältesten kaiserlichen Prinzen sofort mit ihrer Begleitung in offener Hofequipage nachfolgten. Dort angekommen, hielt der Kaiser mit einigen geladenen Gästen eine Fasanenjagd ab. Nach dem Schluß der Jagd kehrten die kaiserlichen Herrschaften wieder zu Wagen nach dem Neuen Palais zurück. — Se. Majestät beabsichtigte, am Nachmittag um 1 1/2 Uhr dann auch an der königlichen Parforce-Jagd im Grünwald Theil zu nehmen und später zu mehrstündigem Aufenthalt nach Berlin zu kommen.

— In Stelle des in den Ruhestand getretenen Bürgermeisters Geh. Rath Dunder ist in der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung der auf kommunalem und parlamentarischem Gebiet vortheilhaft bekannt gewordene Stadtsyndikus N. Zelle zum zweiten Bürgermeister der Reichshauptstadt gewählt worden. Man darf diese Wahl als eine äußerst glückliche bezeichnen, welche den Eingeweihten auch nicht überraschend kam, denn von allen Aspiranten auf diesen bedeutungsvollen Posten war Zelle unstreitig der geeignetste.

— Im allgemeinen Kirchengebet soll nach der „Kreuzzeitung“ für die bevorstehende Tagung der Generalsynode hinter die Fürbitte für die christliche Obrigkeit auch noch eine Fürbitte für die Generalsynode eingeschaltet werden.

— Der Vorstand des allgemeinen deutschen Verbandes hat nach der „Kreuzzeitung“ an die Generalsynode eine Petition gerichtet, in das allgemeine Kirchengebet auch eine Fürbitte für die deutschen Kolonien einzuschließen.

— Bei Wiederaufnahme der Reichstags-sitzungen stellt sich der Bestand der Fraktionen folgendermaßen: Deutschkonservative 67, Deutsche Reichspartei 19, Zentrum 111, Polen 16, Nationalliberale 40, Deutsch-Freisinnige 64, Volkspartei 9, Sozialdemokraten 35, bei keiner Fraktion 29, unter denen etwa 8 der freisinnigen Partei sehr nahe stehende Bild-Liberale sich befinden. Der Reichstag zählt augenblicklich 393 Mitglieder; erledigt sind vier Mandate: 11. Württemberg (Lehmann, natlib.), 10. Königsberg (Graf Stolberg, konf.), 10. Hannover (Frhr. v. Hake, Zentr.) und 2. Oberfranken (v. Feustel, natlib.).

— Im deutschen Reichshaushaltsetat für 1892/93 ist, wie wir hören, der Ueberschuß aus der Reichspostverwaltung um etwa drei Millionen Mark niedriger veranschlagt, als im laufenden Etatsjahre; dagegen soll der Ertrag aus den Zöllen und Verbrauchssteuern gegen den laufenden Etat um 25 Millionen Mark höher veranschlagt sein.

— Der „Vorwärts“ bemerkt zu der Reichstags-einberufung: „Wenn auch der Reichshaushaltsetat beim Wiederzusammentritt des Reichstags noch nicht vorliegen sollte, so wird es doch an wichtigem Verhandlungsstoff nicht fehlen. Das Chemnitzer Attentat auf den Reichstag und die Kornzölle erheischen gebieterisch rasche Erledigung.“ Daraus geht hervor, daß die Sozialdemokraten in diesen beiden Fragen alsbald Interpellationen bezw. Anträge einzubringen beabsichtigen.

— Die Berliner Sozialisten stellten in der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag auf Verpflichtung sämtlicher männlichen Arbeiter unter achtzehn Jahren zum Besuch der Fortbildungsschule, in welcher auch über die Arbeiter-Versicherungsgesetze unterrichtet werden soll.

— Kapitän zu See Geiseler ist von der Stellung des Kommandanten von Helgoland entbunden und mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Kommandanten vorläufig Korvettenkapitän Herbig betraut worden.

— Die Gerüchte eines bevorstehenden russischen Pferdeausfuhrverbots werden in einer Petersburger Meldung der „Allg. Reichskorresp.“ dementirt. Das

gleichzeitig verbreitete Gerücht von einem russischen Schweineausfuhrverbot dementirt die „Allg. Reichskorresp.“ nicht. Russische Dementis sind bekanntlich mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die „Allg. Reichskorresp.“ läßt sich zugleich aus Petersburg berichten, es sei auch die Aufnahme einer inneren Anleihe nicht in Aussicht genommen.

— Ein neuer Volksschulgesetz-Entwurf wird dem Landtage in seiner nächsten Tagung zugehen. In Lehrerkreisen hofft man, daß derselbe endlich auch die Dotationsfrage in befriedigender Weise lösen werde. Nicht nur die Unzulänglichkeit der Gehälter, sondern auch deren Verschiedenheit in den verschiedenen Orten des Staates machen die z. B. bestehenden Verhältnisse geradezu unerträglich. Daß den Lehrern Preußens auskömmliche zeitgemäße Einkommensverhältnisse auf gleicher Grundlage geschaffen werden, ist ein dringendes Bedürfnis geworden. Der Gohler'sche Entwurf hätte diese Frage nicht zu einer befriedigenden Lösung gebracht, da derselbe die Festsetzung eines auskömmlichen Grundgehaltes den einzelnen Schulgemeinden überlassen wollte. Der Staat hat die Oberaufsicht über die Schulen, der Staat bildet die Jugendbildner heran; da wird es auch seine Pflicht sein, auf gesetzmäßige Weise die Befolgungsverhältnisse zu regeln. In dieser Beziehung könnte Frankreich zum Muster genommen werden! Frankreich hat für die Befolgung der Lehrer folgende Gesichtspunkte aufgestellt. 1. Alle Lehrer des ganzen Reichs erhalten ein gleiches Grundgehalt, ganz gleich, wo der betreffende Lehrer wirkt, ob in der Stadt oder auf dem Lande. 2. Jeder Lehrer erhält außerdem freie Wohnung und Feuerung oder ortsübliche Entschädigung dafür. 3. Die verschiedenen Preisverhältnisse werden durch Servizzuschüsse ausgeglichen. 4. Das Grundgehalt wird in einer bestimmten Reihe von Jahren durch Zulagen von gleichmäßiger Höhe auf das Maximalgehalt erhöht, welches also jeder Lehrer mit dem erforderlichen Alter erreichen kann. Das wäre der einzige Weg, um die Einkommensverhältnisse preussischer Volksschullehrer gleichmäßig zu gestalten und sei Frankreich in dieser Beziehung unseren gesetzgebenden Körpern als nachahmenswertes Beispiel empfohlen. Hoffentlich gelangt der neue Schulgesetzentwurf noch rechtzeitig in die Öffentlichkeit, damit es den zunächstbetheiligten Lehrern möglich wird, ihre Wünsche noch rechtzeitig zu formuliren und zur Geltung zu bringen.

— Von den Volksschulverhältnissen und der Lage und Befolgung der Lehrer in der Eifel giebt eine bei A. Selmic in Bielefeld soeben erschienene Broschüre ein Bild, das für das Land der Schulen nicht eben schmeichelhaft genannt werden kann. Sie schließt mit dem bekannten Wort: „Gebt uns mehr Brod, mehr Recht, mehr Licht.“ Hoffentlich schaffen die jetzt stattfindenden Beratungen der Provinzialbehörden wenigstens erträgliche Befolgungsverhältnisse. Erst dann wird mit einem größeren Angebot an tüchtigen Lehrkräften der Schulmiserie Einhalt gethan werden können. Die Lehrerschaft hat es in allen Landestheilen und allen Instanzen gegenüber an Mahnung und Forderung nicht fehlen lassen. Hoffentlich nicht umsonst! Kultusminister von Jedlitz hat ein Erbe angetreten, das an seine Kraft nicht geringe Anforderungen stellt, vielleicht aber ist er der Mann, der den seit mehr als einem Jahrzehnt stillstehenden preussischen Schullarren wieder in regelrechten Gang bringt.

— Gehalts erhöhungen und neue Stellen bei der Post und der Telegraphie. Dem Bernheimer der „Berl. Pol. Nachr.“ nach soll im nächstjährigen Etat für die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung wieder manche Verbesserung für die Beamtenschaft getroffen sein. So dürften die Vorsteher der Postämter 1. Klasse eine Aufbesserung ihres Durchschnittsgehalts, das gegenwärtig 3900 M. beträgt, um 300 M. erfahren. Außerdem dürfte eine große Anzahl von Ober-Assistentenstellen und

Assistentenstellen geschaffen werden, um dem Avancementsbedürfnis zu genügen. Nicht weniger als 400 neue Oberassistentenstellen sollen geschaffen werden, um die ältesten Assistenten von längerer Dienzeit zu befördern, und 600 Stellen für Assistenten sollen neu eingerichtet werden, um die Anstellung der ältesten gegen Tagesgelber beschäftigten Assistenten, welche in unentbehrlichen und vollen Arbeitsstellen dauernd verwendet werden, zu ermöglichen. Des Weiteren sollen eine ganze Zahl neuer Stellen bei den Ober-Postdirektionen sowohl wie bei den Post- und Telegraphenämtern für die verschiedensten Beamtenkategorien vorgesehen sein, sodas aus den jedesmal nachfolgenden ein Aufrücken möglich wird. Die Telegraphengehilfinnen, welche bereits im Fernsprechwesen beschäftigt werden, sollen jetzt etatsmäßig angestellt werden. Mehr als 2000 neue Stellen sollen für Unterbeamte, darunter 500 für Landbriefträger, wegen der Zunahme des Verkehrs geschaffen werden, sodas eine große Zahl aus den gegen Tagesgelber beschäftigten Hilfskräften feste Anstellungen erhalten dürfte und neue Kräfte an Stelle der letzteren Beschäftigung finden werden.

— Auf Grund des § 6 des Gesetzes, betreffend die Untersuchung von Seeunfällen, vom 27. Juli 1877 hat der Bundesrath beschlossen, die Insel Helgoland dem Bezirk des Seeamts Hamburga zuzulegen.

— Die Passiven in dem Status der falliten Firma Hirschfeld u. Wolff werden auf sieben Millionen Mark, das wahrscheinliche Ergebnis für die Gläubiger auf ca. 30 pCt. angegeben — eine Lage, für welche einstweilen verlässliche Anhaltspunkte nicht vorhanden sind. Der Konkursverwalter wird erst in Gemeinschaft mit einem einzusetzenden Gläubiger-Ausschuß den Status zu prüfen haben, was jedenfalls noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

— Gegen Mißbräuche im Bantgeschäft, so wird der „Rölnischen Zeitung“ geschrieben, sollen gesetzgeberische Maßnahmen bedürfen in Folge des Aufsehens erregenden Zusammenbruchs der alten Firma Hirschfeld und Wolff. — Eine gesetzgeberische Maßnahme halten wir allerdings für dringend angezeigt. Nach Entscheidungen des Reichsgerichts sind die Banken berechtigt, Effekten, welche Privatpersonen ihnen als Depot übergeben haben, behufs Einziehung der Zinsen und gelegentlicher Veräußerung zu eigenem Nutzen zu verpfänden und zu verkaufen. Die Banken sind nur verpflichtet, im Gebrauchsfall des Privatkunden demselben eine entsprechende Zahl derselben Effekten zur Verfügung zu stellen. Nach dieser Auslegung rangiren die Besitzer von Depots bei Banken für den Werth ihres Depots nur in der Reihe der übrigen Gläubiger. Gerade bei der Firma Hirschfeld u. Wolff sollen wieder eine große Reihe von Privatpersonen soliderer Art hierdurch um ihre Ersparnisse gekommen sein. Im Privatpublikum ist diese Rechtsauslegung, welche der Natur der Sache vollständig widerspricht, noch wenig bekannt. Man kann sich gegen solche Rechtsauslegung nur schützen dadurch, daß man die Banken verpflichtet, die Nummern der angekauften und in das Depot gegebenen Effekten mitzutheilen. Nur in diesem Falle werden die einzelnen Effekten als Privateigentum des Kunden angesehen. Da das Verlangen nach Mittheilung der Nummern aber schon eine Art Mißtrauen gegen die Bank bekundet, so wird in der Praxis wenig davon Gebrauch gemacht.

— Gegen den Engländer Herbert Bismarck und die Engländer enthält die neueste Nummer des freikonserватiven „Nsch.“ Wschl. schwere Anschuldigungen. Danach hätten die Engländer auf Wunsch des Grafen Herbert Bismarck eine große Expedition gegen die Peters'sche Emin Pascha-Expedition ausgerüstet, um die letztere abzufangen. Die Behauptung stützt sich auf den Bericht eines englischen Kapitäns Bateman, der gegenwärtig in Taveta den Befehl führt.

— Vom interparlamentarischen Friedenskongreß. Vorzüglichem Eindruck macht die Thatsache, daß mit zwei Ausnahmen sämmtliche französische Deputirte den Antrag der italienischen Radikalen auf Anerkennung des absoluten Nationalitätenrechtes mit speziellem Bezug auf die „gegenwärtig noch fremdem Joche unterworfenen Provinzen“ nicht unterschrieben haben. Von den deutschen Abgeordneten wird ferner sehr anerkannt, daß der französische Senator Labiche gestern gegenüber seinen sämmtlichen Landsleuten den Antrag der deutschen Abgeordneten unterstützte. Rückert reist morgen wieder nach Deutschland zurück.

Ausland.

Rußland.

Nach Meldungen aus Wladivostok sind vierzehn Sträflinge, die an der neuen transsibirischen Bahn beschäftigt sind, entflohen und üben eine wahre Schreckensherrschaft in der Stadt und Umgegend aus. Sie überfielen dort nach ihrer Flucht ein Farnhaus und tödteten drei darin befindliche Personen, um sich in den Besitz von Zivilkleidung zu setzen. Ihr nächstes Opfer war ein französischer Marineoffizier, welchen sie auf dem Wege zu einer Milchfarm ermordeten. Der Offizier wurde mit militärischen Ehren bestattet. Bei der Rückkehr von dem Begräbnis überfielen die Sträflinge den Kapellmeister der Kapelle, welche an dem Grabe des Offiziers gespielt und ermordeten ihn gleichfalls.

Oesterreich-Ungarn.

Aus Wien wird geschrieben: Der Herzog von Orleans ist auf den 24. d. M. wegen Ehebruchs mit der Frau Melba-Armstrong vor den Londoner Gerichtshof geladen. Der Vertreter Armstrong's, Whes aus London, konstatierte, daß der Herzog mit Frau Melba im Februar d. J. gemeinsam in Wien im Hotel Sacher gewohnt, und dann, nachdem seine Anwesenheit in Wien durch die Blätter bekannt geworden, ein obskures Hotel letzten Ranges bezogen habe, wo er mit Frau Melba ein Zimmer bewohnte. Auch die bekannte Rekruten-affaire des Herzogs soll mit dem Verhältniß zur Frau Melba zusammenhängen. Nur um letztere nicht preiszugeben, habe der Herzog in Paris seiner Militärpflicht Genüge leisten wollen. In Wien hielt sich der Herzog unter dem Pseudonym Willers auf. Die Identität des Herzogs mit Willers ist jetzt durch einen Kellner des Hotel Sacher festgestellt worden.

Orient.

Nach Meldungen aus Kairo ist die Zahl der durch die Cholera herbeigeführten Todesfälle in Damaskus in der vergangenen Woche auf 276 gestiegen.

Nach einer Meldung des „Standard“ aus Kairo kommen fortgesetzt Nachrichten von der ägyptischen Grenze, denen zufolge die Derwische Vorräthe an Proviant und Munition ansammeln zu einem Zuge unter der Führung des Mahdi.

Italien.

In Fano ist Prinz Lucian Bonaparte gestorben. Er war der zweite Sohn Lucian Bonapartes, eines Bruders Napoleons I., und dessen zweiter Frau Alexandrine de Bleschamp, der geschiedenen Gattin des Gelbmehlers Joubertson. Lucian Bonaparte hatte 1833 die Tochter eines Bildhauers in Lucca, Marianne Cecchi, welche im vergangenen Jahre in Ajaccio starb, geheiratet, doch lebte er schon seit vielen Jahren von derselben getrennt. Er hatte keine Kinder.

Nachrichten aus Rom zufolge hält die Kälte in ganz Italien noch immer an. In Palermo, Alessandria, Parma, Modena steht das Thermometer seit mehreren Tagen auf 2 Grad unter Null.

Espanien.

Der Marineminister Beranger hat in Folge einer Streitigkeit mit einem Journalisten seine Entlassung genommen. Der Ministerpräsident

